rote blätter 2

Wolfgang Gehrcke und Siegfried Ransch

AfD - ein hochexplosives Gemisch

Zu außenpolitischen Positionen im Wahlprogramm-Entwurf der AfD zu den Bundestagswahlen 2017

AfD rechts liegen lassen?

Sie habe ihren Zenit überschritten – diese Bewertung der AfD nach den Wahlen im Saarland verband Politikerinnen, Politiker und Medien von links bis konservativ-rechtslastig. Das mag ja sein, aber was folgt daraus? Dass wir z.B. die mehr als 20 Prozent für die AfD, mit denen sie noch im September 2016 bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern zur zweitstärksten Partei vor der CDU geworden war, aufatmend als Ausrutscher ad acta legen? Das wäre dumm und leichtfertig gleichermaßen. Die AfD mag Stimmen verlieren, aber sie hat bereits den Stammtisch in Redaktionen von Presse, Print und TV bugsiert und die gesellschaftliche Mitte nach rechts gerückt.

Oder folgt aus dem – vielleicht – überschrittenen Zenit, dass jetzt alle demokratischen Parteien gemeinsam der AfD den Weg in den Bundestag versperren? Das fordert Thomas Oppermann von der SPD und ähnlich sieht es Matthias Höhn von der LINKEN. Wie soll das gehen, wenn doch die LINKE von den anderen Parteien im Bundestag fortdauernd bis heute aus dem Kreis der demokratischen Parteien, die gemeinsamer Sacharbeit und gemeinsamer Anträge für würdig befunden werden, ausgeschlossen bleibt? Und wie soll das gehen, wenn doch die AFD in weiten Teilen ihres Programms breite Überschneidungen mit den Konservativen und der FDP aufweist, quasi ihren Mutterparteien? Und in ihren außenpolitischen Orientierungen auf die USA als dem wichtigsten Partner, auf Aufrüstung und NATO sich mit allen anderen Bundestagsparteien, DIE LINKE ausgenommen, trifft?

Die AfD bleibt gefährlich, auch mit weniger Stimmen. Denn ihr Gedankengut wird sich verbreiten, wenn es nicht immer wieder und immer weiter argumentativ widerlegt wird. Dazu leisten diese Roten Blätter Nummer 2 einen Beitrag. Ihr Gegenstand ist die Kritik der außenpolitischen Konzeption der AfD.

Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann
Berlin, am 30. März 2017

Ein hochexplosives Gemisch

Außenpolitische Positionen im Wahlprogramm-Entwurf der AfD zu den Bundestagswahlen 2017

von Wolfgang Gehrcke und Siegfried Ransch

Die AfD ist eine Krisen-Reaktionspartei. Sowohl im Sinne, dass sie ein Produkt krisenhafter gesellschaftlicher Zustände ist und davon lebt, als auch in dem Sinn, dass die AfD Reaktion, eine reaktionäre Partei ist. Bei ihrer Gründung 2013 waren Finanz- und Eurokrise wesentlicher Anstoß und ein zentrales AfD-Thema. Seitdem entwickelten sich sprunghaft neue Krisen, die Partei wandelte sich rasant.

Sie gibt an, zur Zeit 26.000 Mitglieder zu haben. Sie stellt zwei Abgeordnete für das Europaparlament. Sie ist in 11 Landtagen mit 149 Landtagsabgeordneten vertreten und kann wahrscheinlich bei den diesjährigen Landtagswahlen auch in die Länderparlamente von Schleswig-Holstein und NRW einziehen. Die Anzahl möglicher Mitarbeiter ihrer Fraktionen und der einzelnen Abgeordneten dürfte mindestens ebenso hoch sein. Die AfD hat in ihren Reihen rund 500 kommunale Mandatsträger. Die AfD hat damit ein deutliches Gewicht im parlamentarischen System und im außerparlamentarischen Raum.

Sie ist weiterhin eine Partei mit unterschiedlichen Strömungen, die sich überlagern und zuweilen auch heftig aneinandergeraten. Der organisatorische Unterbau der Partei ist nach wie vor schwach, an qualifiziertem Personal für die Parlamente mangelt es. Mit einem Einzug in den Bundestag würde die AfD parlamentarisch zu einer nationalen Größe aufsteigen und das politische System der Bundesrepublik erheblich verändern. Die AfD würde damit zugleich außenpolitisch Einfluss gewinnen.

Im Zentrum ihrer außenpolitischen Programmatik und Propaganda stehen seit der Verabschiedung ihres Grundsatzprogramms vor einem Jahr Abwehr und Reduzierung der Zuwanderungen, Austritt aus der EU und der Eurozone, Terrorismus und Kampf gegen „Islamisierung“ sowie deutsche Aufrüstung mit NATO und Bündnispartner USA. (siehe Gehrcke/Ransch, Auf Kriegs- und NATO-Kurs, in *junge Welt* vom 28.4.2016)

Der jetzt veröffentlichte Entwurf des Wahlprogramms der AfD zu den Bundestagswahlen 2017 wiederholt die hauptsächlichen Aussagen und Forderungen aus dem Grundsatzprogramm. Zugleich werden sie in Reaktion auf neueste Entwicklungen verschärft und ergänzt. Eine Übersicht der Aussagen und Forderungen des Wahlprogramms im Anhang.

Die AfD-Strategen haben genau beobachtet, welche Sorgen und Ängste bei den Bürgern hervorgerufen wurden durch die plötzlich gestiegene Zahl der Asylsuchenden, den Zusammenbruch des Grenzsystems nach Schengen und Dublin. Die Terroranschläge in Frankreich und Deutschland schockierten ebenfalls. Im Fall Griechenland brach die Krise des Eurofinanzsystems offen aus. Diese Ereignisse riefen vielfältige, tiefe Emotionen hervor, die sich voneinander deutlich unterschieden. Neben berechtigten Sorgen und Bereitschaft zu humanistischer Hilfe, gab und gibt es verbreitet Stimmungen, die mehr oder weniger nationalistisch sind. An diese nationalistischen Stimmungen – massiv öffentlich demonstriert durch „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ – dockt die AfD an. Sie nimmt jene Stimmungen auf und kanalisiert sie in antidemokratische, deutsch-völkische und Völker verhetzende Richtung. Die AfD-Strategen spekulieren auf Wähler aus allen sozialen Schichten. Sie fischen auch bei den schlecht Bezahlten, bei allen, die sich als Verlierer des internationalen Kapitalismus fühlen.

Die AfD trifft auf Kritik und Widerstand seitens vieler Demokraten und Humanisten. Ihre Erfahrungen und die Ergebnisse empirischer Forschung stimmen weitestgehend darin überein, dass die AfD aggressiv nationalistisch ist, fortschrittliche Entwicklungen bekämpft und zurückschlagen will, dass sie geschichtsrevisionistisch ist, dass sie Minderheiten und deren Lebensweisen, die nicht ins Weltbild der AfD passen, als Feinde Deutschlands bekämpft usw. Aber weniger und manchmal gar nicht werden die zu ihrem Wesenskern gehörenden außenpolitischen Positionen gesehen. Eine kleine Auswahl aus dem Wahlprogramm wird zeigen, wie außenpolitische Positionen unabtrennbar zum Wesen der AfD gehören.

Das Programm eröffnet mit: „Ohne Volkssouveränität keine Demokratie“. (1.1-Ziffern folgen der Kapitelbezifferung im Wahlprogramm) Wahrscheinlich haben die Autoren des Wahlprogramms ähnliche Vorstellungen von Volkssouveränität und Demokratie wie der amerikanische Präsident Trump, der in seiner Inaugurationsrede die Macht großspurig in die Hände des Volkes übergab, also gleichsam eine Volksrepublik USA ausrief. Ähnlich begründet ist auch Erdogans Präsidialsystem. Allen diesen Ideen von Volkssouveränität liegt die Vorstellung zugrunde, dass es einen direkten Draht oder unmittelbare Tweets zwischen Führer und Volk geben müsse, bei dem rechtsstaatliche Organe der demokratischen Willensbildung nur störten. Die sind aber dringend nötig und in Richtung von mehr Demokratie zu reformieren, damit sich die unterschiedlichen Interessen und Sichtweisen, die es im "Volk" gibt, ausdrücken können. In einem demokratischen Rechtsstaat kann dann ein Interessenausgleich oder ein Klassenkompromiss gefunden werden - oder nicht; so oder so schafft der demokratische Rechtsstaat - idealer Weise - einen Raum für den politischen, ideologischen Kampf der Klassen. Die Konzeption der AfD, Trumps oder Erdogans von der Volkssouveränität negiert die Vielgestalt des Volkes, seine Teilung in Klassen, Schichten, seine unterschiedlichen Kulturen oder

Lebensweisen. Sie bewegt sich in der Tradition des autoritären und rassistischen Staatsverständnisses von: Ein Volk, ein Führer, ein Vaterland. Weiter im Wahlprogramm der AfD: Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon sei rechtswidrig in die unantastbare (!) Volkssouveränität eingegriffen worden. Ein Staat, der das Grenzregime und damit die Hoheit über sein Staatsgebiet aufgibt, löse sich auf, verliere seine Eigenstaatlichkeit. (1.1) Folgt die Losung: „Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten!“ Verschwundenes soll erhalten werden. Weiter: Heimlicher Souverän in Deutschland sei eine kleine, machtvolle politische Oligarchie. (1.3) Also Volkssouveränität, Demokratie, souveräner Nationalstaat – alles abgeschafft. Zugleich strotzt das Programm nur so von „Bekenntnis“ zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu „unseren Werten“. Die Immigranten sollen die deutsche Rechtsordnung, die deutsche Leitkultur akzeptieren.

Die AfD fordert, die Europäische Union in einen Staatenverbund souveräner Staaten zurückzuführen. Angespornt durch den Brexit, wird sie kühn. Sie wolle diese Rückführung mit den EU-Partnern einvernehmlich erreichen. Ach ja, die Einvernehmlichkeit in der EU. Und weil auch die AfD davon weiß, legt sie nach. Sollte es nämlich nicht einvernehmlich gelingen, dann sei Deutschland gezwungen, aus der EU auszutreten und dem Beispiel Großbritanniens zu folgen. (1.2) Eine EU ohne Deutschland? Ohne Deutschland kann es keine EU geben. Eine hirnrissige Propagandafigur der AfD, gemacht zur Verdummung.

Selbstverständlich wird im Wahlprogramm die Forderung wiederholt: Deutschland muss den Euroraum verlassen und die „Transferunion“ aufkündigen. (2.1)

Das Programm nennt die USA den wichtigsten Bündnispartner Deutschlands. Die zunehmende Fokussierung der USA auf den pazifischen und ostasiatischen Raum erfordere jedoch eine autonome deutsche Sicherheitsstrategie, heißt es. Im Einklang mit den Forderungen der USA nach einer gerechten Verteilung der Lasten sei es folgerichtig, den europäischen – und damit wohl vor allem den deutschen – Einfluss in der NATO zu stärken. (3.2) Die AfD bekundet also offen, dass sie eine Aufrüstungspartei ist. Sie stimmt darin mit allen Bundestagsparteien, mit Ausnahme der Partei DIE LINKE, überein. AfD und CDU/CSU, SPD und Grüne sind unter derselben Parole versammelt: „Wir. Dienen. Deutschland.“ Zutreffend gesagt, dem „unaufrichtigen Slogan“ des deutschen Militärs (*Die Zeit*, 10.07.2011). Die AfD operiert völkisch-nationalistisch und in Gegnerschaft zur EU, die Union, die SPD und die Grünen sehen die deutschen Kapitalinteressen nur gestützt auf die EU und militärisch gestützt durch die NATO für weltmachtfähig.

Die in vielen EU-Ländern vorhandenen rückwärtsgewandten nationalistischen Parteien und Gruppierungen sind auf dem Boden der EU gewachsen. Objektiv ist also die EU keine Alternative zum „Pickelhaubenstaat“. Es gibt den je-

weiligen Pro-EU-Nationalismus, wie in Deutschland, Frankreich, Polen, den Baltikumstaaten usw. Es gibt den die EU ablehnenden, rückwärtsgewandten Nationalismus, etwa vom Typ AfD, Front National usw. Und es gibt eine breit gefächerte, fortschrittliche Kritik an der EU, eine Kritik, die den Weg nach vorn öffnen will. Welchen Ausweg aus Krisen und Krieg die europäischen Völker auch immer finden werden – die jetzigen Zustände sind unhaltbar, sie drängen nach Veränderung.

Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, Kriegsbündnis mit den USA und NATO berühren alle Lebensfragen des Volkes und der Völker. Ohne die seit 1991 von den USA oder von der NATO oder von einzelnen NATO-Mitgliedsstaaten geführten Kriege, die insbesondere gegen islamisch geprägte Staaten gerichtet waren, und ohne die noch tobenden verheerenden Kriege gäbe es keine zerfetzten Staaten, keine millionenfache Vertreibung und Massenflucht. Ohne diese Kriege, die auch immer ungeheurer Terror gegen Staaten und vor allem gegen die Zivilbevölkerung sind, gäbe es auch keinen weltweiten Gegenterror. Die Kriege bringen ein allgemeines Klima der Angst, des Hasses und der Feindschaft zwischen den Völkern hervor.

Im gesamten Wahlprogramm der AfD findet sich kein Wort zu den gegenwärtigen Kriegen und zur deutschen Beteiligung an ihnen; kein Wort zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, geschweige denn, sie zu beenden.

Die AfD-Kriegspartei verschärft im Wahlprogramm ihre militaristischen Forderungen. Die Schaffung einer EU-Armee sowie der Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen werde abgelehnt (3.2). Welche sind das? Gefordert werden: Rückkehr der Streitkräfte zur Einsatzbereitschaft; dafür sind umfangreiche strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar, besonders angesichts der gegenwärtigen Bedrohung Europas und der geopolitischen Neuausrichtung der USA; die Einsatzbereitschaft der deutschen Streitkräfte auch bei Einsätzen mit höchster Intensität; die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht; der Wiederaufbau von Heimatschutzkräften oder eines Milizsystems nach Schweizer Vorbild. (3.3)

Im Zeitalter hybrider Bedrohungen und von „Cyberangriffen“ durch staatliche und nichtstaatliche Akteure sowie durch Terrorismus gewinnt die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) an Bedeutung. (3.4) Kurz, beschleunigte Hochrüstung, Militarisierung der ganzen Gesellschaft, wie sie mit der ZMZ längst läuft. Die „deutschen“ Streitkräfte – als wäre Deutschland nicht unter NATO-Vertrag und europäischer Anführer in der NATO – müssen befähigt werden für Einsätze mit höchster Intensität“, also für Kriegsführung. Auch für eigene Kriege, Kriege nur für „deutsche“ Interessen? Wieder hirnrissige Volksverdummung. Denn das Militärpersonal und die Programmautoren in der AfD glauben selbst nicht daran. Nach dem Programm sollen die USA wichtigster Bündnispartner bleiben und der europäische Einfluss in der NATO verstärkt werden.

Im Programm heißt es: „Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist für die AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interessen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen. Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sollte vielmehr vertieft werden.“ (3.2) Spricht man mit AfD-Anhängern, die dieser Meinung zustimmen, so kann man sie darin nur bestärken. Als zu Beginn des Jahres das NATO-Manöver „Atlantic Resolve“ anlief, erklärte der Oberst a. D. und Spitzenfunktionär der Berliner AfD Georg Pazderski, die Verlegung von 4.000 Soldaten an die NATO-Ostgrenze sei ein falsches Zeichen in Richtung Russland. Russland sollte nicht sanktioniert werden, das ist nachteilig für unsere Wirtschaft. Außerdem: Putins Politik war schon immer rational und berechenbar. Ähnlich äußerte sich Alexander Gauland. Das NATO-Manöver sei eine wirkungslose Geldverschwendung, die am Ende niemanden beeindrucken wird. Die Sanktionen gegen Russland sollten aufgehoben werden, damit wichtige russische Aufträge nicht an die Chinesen vergeben werden. Er griff „Frau Merkel“ an, sie solle von ihrer ideologieverblendeten Politik gegenüber Russland Abstand nehmen. „Russland ist kein Feind, sondern Chance und sollte ein echter Partner Deutschlands werden.“

Hier handelt es sich nicht um Demagogie oder einen bloßen Versuch des Stimmenfangs bei potentiellen Wählern der Linkspartei. Das Verhältnis der AfD zu Russland hat mit dem Wahlprogramm einen Platz in der Gesamtstrategie der AfD erhalten. Kein Wort zur deutschen Verantwortung für 27 Millionen ermordete Sowjetbürgerinnen und -bürger, kein Wort über die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion. Die AfD dockt an eine autoritäre Verfasstheit Russlands, an die Größe und Stärke des Landes und an das völkische "Slawengefühl" an. Nicht die Erfahrung des Vielvölkerstaates Russland, sondern dessen frühere imperiale Dominanz ist für die AfD attraktiv. Daraus erklären sich auch die Bemühungen von AfD-Kreisen, Verbindungen zu russischen Nationalisten aufzubauen.

Deutschland solle Russland nutzen, um stärker gegenüber den USA, innerhalb der NATO sowie in der globalen Politik und Wirtschaft zu werden und die deutsche Dominanz in Europa ausbauen zu können. Das Konzept der Linkspartei, wie es im Parteitagsbeschluss zum Verhältnis Deutschland – Russland sowie im Antrag der Bundestagsfraktion zur NATO gegeben ist, unterscheidet sich grundsätzlich von der strategischen Position der AfD. Grundposition der LINKEN ist Völkerverständigung, nicht imperialistisches Machtkalkül; gesamteuropäisches Sicherheitssystem und Abrüstung.

Die AfD fordert eine „Minuszuwanderung“ von mindestens 200.000 Personen pro Jahr.(5.2) Diese verquaste Formulierung soll verschleiern, dass die AfD schutzbedürftige Flüchtlinge aus dem Land schmeißen will. Die AfD fordert:

Frontex und die Bundeswehr müssen alle Flüchtlingsboote an ihre Ausgangsorte zurückbringen. (5.5) Im Programm wird ein Bedrohungsszenario gegeben. Im arabischen Raum seien 23 % der Bevölkerung auswanderungswillig, in Afrika unterhalb der Sahara etwa 37 %, insgesamt rund 350 Millionen wanderungswillige Menschen, überwiegend junge Männer. Ziel der AfD sei die Selbsterhaltung, nicht Selbstzerstörung unseres Staates und Volkes. „Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen, das noch als unser Deutschland erkennbar ist.“ (5.1) Das „Gemeinsame europäische Asylsystem“ (GEAS) lehnt die AfD ab. (5.5)

Nebenbei bemerkt – nachdem der CDU-Politiker Hohmann eine antisemitische geschichtsrevisionistische Rede hielt, hatte die CDU das Rückgrat, ihn aus der Partei auszuschließen, Hohmann ist heute Mitglied der AfD. Thilo Sarrazin, der mit seinen rassistischen und nationalistischen Büchern für die AfD-Bildung eine gewaltige Massenwirkung hatte und hat, der ist aus der SPD nicht ausgeschlossen worden.

Die AfD fordert die Erleichterung der Ausweisung. Durch Vereinbarungen mit möglichst heimatnahen Staaten seien dort Vollzugsanstalten einzurichten, die unter deutscher Leitung und der Anwendung deutschen Rechts stehen sollen. (4.2)

Im Staatsangehörigkeitsrecht soll zum Abstammungsprinzip, wie es bis zum Jahr 2000 galt, zurückgekehrt werden. (5.8)

Das Wahlprogramm enthält eine wüste Kampfansage an den Islam: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Ausbreitung des Islam und Präsenz von über 5 Millionen Muslimen seien eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, sei mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar. (6) Minarett und Muezzin-Ruf stünden im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden in der Moderne praktizierten. (6) Integration hieße nicht, dass Deutschland sich Muslimen anpasst. Integration bedeute, dass die Muslime sich Deutschland anpassen. (8.6)

Die Türkei gehöre aufgrund ihrer Kultur und Religion nicht zu Europa. Die AfD lehnt den Beitritt der Türkei zur EU ab und fordert das sofortige Ende aller Beitrittsverhandlungen. (3.2) Unter 5.3 wird diese Position wiederholt und durch weitere Forderungen ergänzt; hier beispielhaft nur eine: Visaerleichterungen oder Visafreiheit für türkische Staatsbürger werden abgelehnt. (5.3) Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen aus dem Jahr 1964 solle gekündigt werden. (12.8)

Die Programmteile zum Islam und zur Türkei erweisen die AfD als eine Partei der Völkerhetze. Zum Teil fundamentalistisch evangelikal begründet (Beatrix

von Storch und Netzwerk), führt die AfD einen Generalangriff gegen die Religionsfreiheit. Fehlte nur noch, dass die AfD im Gefolge von Wilders das Verbot des Korans fordert. Oder dass die EU-Abgeordnete Beatrix von Storch, die im September in den Bundestag einziehen will, in ihrer Auffassung vom Evangelium um 500 Jahre zurückfällt, als Martin Luther noch forderte, die Synagogen anzuzünden. Gezündelt wird schon längst an Moscheen. Diese Teile im Wahlprogramm sind zugleich extrem feindlich gegen die Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Solidarität. Deutsche Arbeiter und türkische Arbeiter, die Muslime sind, sollen an gemeinsamen Arbeitsplätzen gegeneinander gehetzt werden. Wie explosiv ultranationalistische Positionen und Feindschaft gegen den „Islam“ sind, zeigen die gegenwärtigen massiven Straßendemonstrationen pro Erdogan in Deutschland und die Konflikte zwischen den Regierungen der Türkei und Deutschlands.

Das AfD-Wahlprogramm soll im April auf einem Parteitag beschlossen werden. Man kann sicher sein, dass es angenommen werden wird. Alle Richtungen in der Partei sind im Entwurf berücksichtigt worden. Vor allem der winkende Staatslohn und das Prestige einer Bundestagspartei sind eine so große Verlockung, dass kein Parteitag eine solche Gelegenheit vermasseln könnte.

Anhang

Der Entwurf des AfD-Wahlprogramms zu den Bundestagswahlen 2017 ist in 15 Kapitel untergliedert. Neben Kapitel 3 „Außen- und Sicherheitspolitik: Deutsche Interessen durchsetzen“ sind in weiteren neun Kapiteln Aussagen bzw. Forderungen zur Außenpolitik enthalten. Im Folgenden werden alle wesentlichen außenpolitischen Aussagen des AfD-Wahlprogramms zusammengefasst. (Die Auszüge folgen, in gekürzter Fassung, dem Wortlaut des Programmentwurfs.)

- Mit den Verträgen von **Schengen, Maastricht und Lissabon** wurde rechtswidrig in die unantastbare Volkssouveränität eingegriffen. Ein Staat, der das Grenzregime und damit die Hoheit über sein Staatsgebiet aufgibt, löst sich auf… verliert seine Eigenstaatlichkeit. Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten. (1.1) Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie. (1.3.)

- Die **Europäische Union** soll in einen Staatenverbund souveräner Staaten zurückgeführt werden; ist das mit den EU-Partnern nicht einvernehmlich zu erreichen, ist Deutschland gezwungen, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen und aus der EU auszutreten. (1.2)

- Deutschland muss den **Euroraum** verlassen, die Transferunion aufkündigen. (2.1)

- Außenpolitik soll an deutschen Interessen ausgerichtet sein. Deutschland als eine bedeutende Wirtschaftsnation ist daran interessiert, zu allen Staaten gute Beziehungen zu pflegen und das friedliche Zusammenleben der Völker zu fördern. Die AfD bekennt sich zu den Werten der **Charta der Vereinten Nationen** und des Völkerrechts. Die UN soll entsprechend den veränderten Gewichtungen in der Welt reformiert werden; Deutschland soll einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhalten; die gegen Deutschland gerichtete Feindstaatenklausel in der Charta der UN soll abgeschafft werden. (3.1)

- Die **USA** sind der wichtigste Bündnispartner Deutschlands. Die zunehmende Fokussierung der USA auf den pazifischen und ostasiatischen Raum erfordert eine autonome deutsche Sicherheitsstrategie. Im Einklang mit den Forderungen der USA nach einer gerechten Verteilung der Lasten ist es folgerichtig, den europäischen Einfluss in der **NATO** zu stärken. (3.2)

- Die Schaffung einer **EU-Armee** sowie der Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen werden abgelehnt. (3.2) Gefordert werden: Rückkehr der Streitkräfte zur Einsatzbereitschaft; dafür sind umfangreiche“

strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar, besonders angesichts der gegenwärtigen Bedrohung Europas und der geopolitischen Neuausrichtung der USA; Einsatzbereitschaft der deutschen Streitkräfte auch bei Einsätzen mit höchster Intensität; Wiedereinsetzung der **Wehrpflicht**; Wiederaufbau von Heimatschutzkräften oder eines Milizsystems nach Schweizer Vorbild. (3.3) Im Zeitalter hybrider Bedrohungen und von „Cyberangriffen“ durch staatliche und nichtstaatliche Akteure sowie durch Terrorismus gewinnt die zivil-militärische Zusammenarbeit an Bedeutung. (3.4)

- Die AfD fordert den diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen, ebenso den Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege. Die AfD lehnt **CETA, TISA und TTIP** ab. (3.5)

- Eine Entspannung im **Verhältnis zu Russland** ist für die AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interessen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen. Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sollte vielmehr vertieft werden. (3.2) (Dieser Teil ist ungekürzt zitiert.)

- Der **Islam** gehört nicht zu Deutschland. Ausbreitung des Islam und Präsenz von über 5 Millionen Muslimen sind eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar. (6) Minarett und Muezzin-Ruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden in der Moderne praktizieren. (6) Integration heißt nicht, dass Deutschland sich Muslimen anpasst. **Integration** heißt, dass die Muslime sich Deutschland anpassen. (8.6)

- Die AfD fordert eine **Minuszuwanderung** von mindestens 200.000 Personen pro Jahr. (5.2) Frontex und die Bundeswehr müssen alle Flüchtlingsboote an ihre Ausgangsorte zurückbringen. ((5.5) Die europäische Bevölkerung überaltert und schrumpft, die Bevölkerung in Afrika und in den arabisch-muslimischen Ländern des Nahen und mittleren Ostens explodiert. In Afrika bekommt jede Frau im Durchschnitt 4,5 Kinder. Die Geburtenrate in Europa liegt bei 1,6, in Deutschland bei 1,4. Im arabischen Raum werden 23 % der Bevölkerung als auswanderungswillig eingeschätzt, in Afrika unterhalb der Sahara etwa 37 %, insgesamt rund 350

Millionen wanderungswillige Menschen, überwiegend junge Männer. Ziel der AfD ist Selbsterhaltung, nicht Selbstzerstörung unseres Staates und Volkes. Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen, das noch als unser Deutschland erkennbar ist. (5.1) Das „Gemeinsame europäische Asylsystem“ (GEAS) lehnt die AfD ab. (5.5)

- Die AfD fordert die Erleichterung der **Ausweisung**, insbesondere die Wiedereinführung der zwingenden Ausweisung, bei ernstzunehmender Kriminalität von Ausländern. Die Ausbürgerung krimineller Staatsbürger mit Migrationshintergrund muss möglich werden und auch dann, wenn die Ausgebürgerten dadurch staatenlos werden. Durch Vereinbarungen mit möglichst heimatnahen Staaten sind dort Vollzugsanstalten einzurichten, die unter deutscher Leitung und der Anwendung deutschen Rechts stehen. (4.2)

- Das Geburtsortsprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit allein durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum **Abstammungsprinzip**, wie es bis zum Jahr 2000 galt, zurückkehren. (5.8)

- Die begrenzten Mittel der **Sozialpolitik** sollten nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik zur Verfügung stehen. (11.1)

- Die **Türkei** gehört aufgrund ihrer Kultur und Religion nicht zu Europa. Die AfD lehnt den Beitritt der Türkei zur EU ab und fordert das sofortige Ende aller Beitrittsverhandlungen. (3.2) (Unter 5.3 wird diese Position wiederholt und durch weitere Forderungen ergänzt; hier nur eine von diesen.) Visaerleichterungen oder Visafreiheit für türkische Staatsbürger werden abgelehnt. (5.3) Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen aus dem Jahr 1964 soll gekündigt werden. (12.8)

- In der **Entwicklungshilfepolitik** wird ein grundsätzlicher Strategiewechsel gefordert. Beispiel Afrika: Das rapide Bevölkerungswachstum macht die Ergebnisse der Entwicklungspolitik wieder zunichte. Die deutsche und europäische Entwicklungshilfepolitik sollte sich bewusst sein, dass die Dimension des afrikanischen Problems (2015 1,2 Mrd. Einwohner; 2050 2,4 Mrd. Einwohner) so gewaltig ist, dass dem Kontinent von außen nicht nachhaltig geholfen werden kann. Wenn die Länder sich aus eigener Kraft weiterentwickeln, verringert dies den Anreiz, nach Europa und insbesondere Deutschland auszuwandern. Durch **Masseneinwanderung** wird die Instabilität Deutschlands und Europas verstärkt. (3.6)

- Das **Pariser Klimaabkommen** vom 12.12.2015 ist zu kündigen. (13.1)

Impressum

Herausgeber: Christiane Reymann und Wolfgang Gehrcke

Abdruck ist bitte mit Quellenangabe und Beleg-Exemplar/-Link erwünscht

Spende von 0,50 Euro erwünscht

Bestellungen: Büro Wolfgang Gehrcke, Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030 / 22773184, E-Mail: wolfgang.gehrcke@bundestag.de

Diese Texte und weitere stehen online unter: www.wolfgang-gehrcke.de

Wolfgang Gehrcke
Christiane Reymann

Deutschland und Russland - wie weiter?

Der Weg aus der deutsch-russischen Krise

Taschenbuch
edition berolina

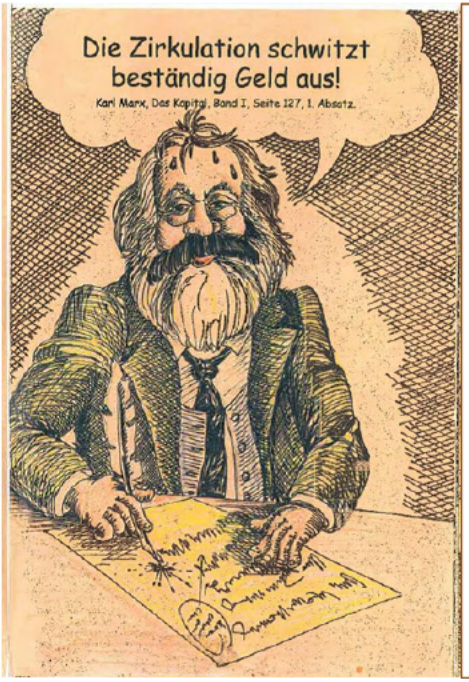
240 Seiten; € 9,99 [D]

ISBN 978-3-95841-057-2

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland sind gegenwärtig auf einem Tiefpunkt angelangt. In Politik und Medien ist Putin an allem schuld, am Wahlsieg Trumps, der kreuzgefährlichen Lage in der Ostukraine, dem Krieg in Syrien, der Aufrüstung der NATO.

In ihrem Buch *Deutschland und Russland – wie weiter? Der Weg aus der deutsch-russischen Krise* decken Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann die wahren Hintergründe dieser neuerlichen Eiszeit auf. Sie zeichnen nach, wie der die Bundesregierung ihre Russlandpolitik sukzessive durch schwarze Pädagogik ersetzt. Sie loten die Interessen und Ansprüche beider Seiten in der Welt aus. Sie analysieren die Konfliktherde Ukraine, Krim, Kosovo, Syrien, die einem gutnachbarschaftlichen Verhältnis angeblich im Wege stehen. Sie schreiben über gebrochene Versprechen, Sanktionen, Säbelrasseln, den Krieg der Worte, aber auch darüber, wie „Volksdiplomatie“ das Eis zwischen beiden Staaten von unten aufbrechen kann.

edition berolina
Berliner Buchverlagsgesellschaft mbH
www.bebug-verlage.de



Wolfgang Gehrcke
Christiane Reymann (Hg.)

Das Kapital wird 150:
Ein Buch zum Buch der Bücher

Taschenbuch
PapyRossa-Verlag

Im November 2017 jährt sich die Herausgabe des Hauptwerkes von Karl Marx, *Das Kapital*, zum 150. Mal. Wie kein anderes prägt dieses >Buch der Bücher< weltweit und fortdauernd bis heute Theorie und Praxis sozialistischer und Befreiungsbewegungen; auch in Deutschland, Ost wie West.

>Marx an die Uni<, etwa war eine der Losungen der nach-68er Studierenden-bewegung, und sie könnte es heute wieder werden, Kapital-Studienkreise sprechen dafür. Im Übrigen gehört Marx auch in die Betriebe.

Wir würdigen Karl Marx und sein Hauptwerk, *Das Kapital*, in einer besonderen Bild-Text-Form: Burghardt Hollstein aus Kassel verdichtet mit seinen Zeichnungen die Wirkung prägnanter Textstellen aus allen drei Bänden des *Kapitals*. Sahra Wagenknecht würdigt *Das Kapital* in ihrem Vorwort, Urte Sperling und Georg Fülberth gehen dem Geheimnis des Mehrwerts nach, Harald Werner setzt sich mit dem digitalisierten Kapitalismus auseinander, Christiane Reymann entdeckt die Schönheit des *Kapitals* und Wolfgang Gehrcke streitet wider die Marx-Töter.

Das Buch wird im PapyRossa-Verlag zum 199. Geburtstag von Karl Marx im Mai 2017 erscheinen.